# Regierung will wieder mehr gestalten

## **LEGISLATURPROGRAMM** Die

Digitalisierung, der Klimawandel und die höhere Lebenserwartung prägen in den nächsten fünf Jahren die Luzerner Politik. Der Regierungsrat will dies ganzheitlich angehen und plant eine Verwaltungsreform.

Regierungspräsident Paul Winiker und Vizepräsident Reto Wyss luden am Freitag zur Präsentation des politischen Programms der Kantonsregierung an den Seetalplatz in Emmenbrücke. An diesem «Hotspot» des Kantons kämen fast alle Aspekte der Luzerner Politik zusammen, sagte Paul Winiker: Verkehr, Naturschutz, Verwaltungszentrum, Bildungsangebote, Freizeit usw.

Der Regierungsrat machte drei Megatrends aus: den gesellschaftlichen Wandel, den digitalen Wandel und den Klimawandel. Im Legislaturprogramm 2019-2023 formuliert er 33 konkrete Ziele. Das Papier wird in der Novembersession vom Kantonsrat behandelt.

Der Kanton Luzern müsse nicht neu erfunden werden, sagten Winiker und Wyss. Aber die Regirung wolle den wieder etwas grösseren finanziellen Spielraum nutzen, um den Kanton «gezielt, innovativ und ambitioniert» voranzubringen. Welche Massnahmen, Projekte und Mittel dazu nötig sind, führt er im Aufgaben- und Finanzplan (AFP) näher aus (Bericht Seite 3).

## Koordination immer wichtiger

Angesichts dieser Herausforderungen erteilt der Regierungsrat einem Gärtchendenken eine Absage. Immer wichtiger werde die Koordination verschiedener Massnahmen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungswesen sowie bei Umwelt, Mobilität und Sicherheit, wenn diese Entwicklungen gelenkt und ihre Folgen sozialverträglich gestaltet werden sollen.

Der Regierungsrat kündigt an, er werde in den nächsten Jahren «den fortlaufenden Umbau seiner Leistungen und Strukturen und die effizienzsteigernden Verwaltungsreformen weiter intensivieren.» Rund 1300 Kantonsangestellte sollen bis 2025 in einem zentralen Verwaltungsgebäude untergebracht

## **Grosse Reform geplant**

Die Verwaltung werde zu einer Organisation, die bereichsübergreifend zusammenarbeite und flexibel auf den digitalen Wandel und die veränderten Bedürfnisse der Bürger reagiere, heisst es in dem Papier. Es sei dies die grösste Reform der Verwaltung seit 2006, als die Wirkungsorientierte Verwaltungsführung (WOV) eingeführt worden sei.

Auf den Standortwettbewerb will der Regierungsrat mit guten Rahmenbedingungen reagieren. Dazu zählt er auch die soziale, rechtliche und polizeiliche Sicherheit. Der Regierungsrat hat sich etwa vorgenommen, den Personalbestand der Polizei zu erhöhen. Bedürftige Menschen sollen unterstützt werden, ohne dass mit staatlichen Leistungen Fehlanreize geschaffen werden. Menschen aus anderen Ländern und Kulturen sollen integriert werden.

### Natürliche Lebensgrundlagen bewahren

Der Regierungsrat stellt fest, dass die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen immer schwieriger werde. Die Herausforderungen des Klimawandels müssten verstärkt angegangen werden, auch wenn bereits wichtige Schritte hin zu einer ökologisch nachhaltigen Entwicklung getan worden seien. Weiter erwähnt werden der Schutz vor Naturereignissen oder die Förderung erneuerbarer Energien.

Auch die Siedlungsentwicklung und die Mobilität sollen nachhaltig gesteuert werden. Dabei setzt der Regierungsrat auch auf zwei grosse Bauprojekte im Raum Luzern, den Durchgangsbahnhof und den Autobahn-Bypass. Investiert werden soll aber auch in Schulen und Hochschulen sowie in das Gesundheitswesen. Hier geht es nicht nur um Gebäude, sondern auch um digitale Schulbücher oder das elektronische Patientendossier.

### Spitzenplatz bei den Gewinnsteuern

Keine Änderung sieht der Regierungsrat bei den Steuern vor. Da Luzern von Tiefsteuerkantonen und Wirtschafts-Hubs umgeben sei, halte er an den langfristigen Zielen fest. Ausgedeutscht heisst dies, dass Luzern bei der Vermögenssteuer weiterhin einen Spitzenplatz einnehmen soll. Die Einkommen sollen unterdurchschnittlich und die Vermögen klar unterdurchschnittlich besteuert werden.

Die Urnengänge der letzten Jahre hätten gezeigt, dass die Kantonsbevölkerung eine strenge Zurückhaltung bei den kantonalen Ausgaben befürworte. schreibt der Regierungsrat. Die Einwohner stellten aber auch erhebliche Ansprüche an den Staat. Diese Interessenskonflikte müssten immer wieder neu verhandelt werden.



Der digitale Wandel - einer der drei Megatrends, dem der Regierungsrat besondere Beachtung schenkt. Foto sk

## Vernetzte Massnahmen: drei Beispiele

Vorreiter beim digitalen Wandel: Der Kanton Luzern nehme bei der Digitalisierung eine Vorreiterrolle ein, betont der Regierungsrat, etwa mit dem vollständig elektronischen Geschäftsverkehr von Kantonsrat und Regierungsrat und mit der Digitalisierung von über 100 öffentlichen Leistungen. Er will seine führende Rolle bei der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen weiter ausbauen. Die kantonale Verwaltung soll in diesem Zusammenhang zu einer Organisation transformiert werden, die noch stärker bereichsübergreifend zusammenarbeitet und flexibel auf den digitalen Wandel und veränderte Kundenbedürfnisse reagiert. Die Infrastrukturen für den damit einhergehenden Technologie-, Organisationsund Kulturwandel sollen in einem neuen, zentralen Verwaltungsgebäude bereitgestellt werden.

Grossprojekt Campus Horw: Der Kanton Luzern will gezielt in die Zukunft investieren. Die Weiterent-

wicklung der Angebote wird in den nächsten Jahren umfangreiche Ressourcen binden. Als Beispiel für ein zukunftsorientiertes Vorgehen nennt der Regierungsrat den Campus Horw, der umfassend erneuert und erweitert werden soll. Der Campus wird künftig die Heimat für die Hochschule Luzern Technik und Architektur und die Pädagogische Hochschule Luzern sein, gleichzeitig sollen sich dort private, hochschulnahe Institutionen für Forschung und Entwicklung ansiedeln. Die gemeinsame Nutzung soll ein attraktives, nachhaltiges Bildungs- und Wirtschaftsnetzwerk schaffen. Die Inbetriebnahme des neuen Campus Horw ist ab 2026 geplant.

Experte für Klimawandel: Der Regierungsrat will mit einer nachhaltigen Umwelt- und Energiepolitik «gegen die menschengemachten Ursachen des Klimawandels vorgehen und dessen Auswirkungen auf Mensch und Umwelt im Kanton Luzern so verträglich wie möglich gestalten». schrittliche Angebote und Dienstleistungen sollen in den Bereichen Klimaschutz und Klimaadaption eine wichtige Rolle spielen und gleichzeitig eine Chance für die Luzerner Wirtschaft sein. In die Klimapolitik sind unterschiedliche Politikbereiche und zahlreiche Dienststellen involviert. Der Regierungsrat wird dem Kantonsrat bis im Jahr 2021 einen umfassenden Planungsbericht zur Energie- und Klimapolitik vorlegen. Der Regierungsrat hat zudem beschlossen, per 2020 eine neue Vollzeitstelle eines Klimaexperten oder einer Klimaexpertin zu schaffen. Die Mittel dafür sind im AFP 2020-2023 bereits eingestellt. Der Experte oder die Expertin hat den Auftrag der Regierung, die Massnahmenerarbeitung und -umsetzung zum Schutz des Klimas und zur Klimaadaption im Kanton Luzern departementsübergreifend und mit externen Partnern zu koordinieren. Die Stelle werde demnächst ausgeschrieben, so die Regierung.

Technische Innovationen sowie fort-

## aus dem Kantonsrat



Yvonne Hunkeler CVP, Grosswangen

Liebe Leserinnen und Leser Am 6. September 2016 habe ich im «Brief aus dem Kantonsrat» im Willisauer Bote zum vom Kanton geplanten zentralen Verwaltungsgebäude

## Zentrales Verwaltungsgebäude am Seetalplatz

geschrieben: «Jetzt nicht». Damals fanden wir uns mitten in den Spardebatten, um den Finanzhaushalt des Kantons Luzern wieder ins Lot zu bringen. Jetzt, drei Jahre später, sieht die Situation in finanzieller Hinsicht etwas entspannter aus. Der Regierungsrat muss zwar für das laufende

Jahr Nachtragskredite von gegen 15 Mio. Franken beantragen: der Bund finanziert weniger an das Asyl- und Flüchtlingswesen, die Kosten der Volksschule und die Studierendenzahlen steigen mehr als erwartet und die individuelle Prämienverbilligung und das Polizeiwesen kommen teurer als budgetiert. Also praktisch alle Departemente konnten ihre engen Budgets nicht einhalten. Trotzdem dürfen wir mit etwas mehr Optimismus in die finanzpolitische Zukunft schauen: Der Kanton Luzern plant für die nächsten Jahre im Durchschnitt fast ausgeglichene Jahresabschlüsse. Die sieben mageren Jahre scheinen vorbei zu sein.

## Um was es geht

Heute sind die Dienststellen der kantonalen Verwaltung an x-verschiedenen Standorten. Historisch gewachsen hat man hier ein paar Büroräume dazugemietet oder da eine Wohnung in Arbeitsplätze umgenutzt. Heute ist vieles dezentral, das führt auch zu ineffizienten Abläufen. Am Seetalplatz soll nun ein neues Verwaltungsgebäude für über 1000 Kantonsangestellte entstehen. Dieses wird gegen 160 Mio. Franken

kosten, gleichzeitig sollen Einsparungen durch entfallende Büromieten, kürzere Reisezeiten, Synergien usw. resultieren. Das zentrale Verwaltungsgebäude soll Ende 2025 bezugsbereit sein. Im Moment wird geplant, dazu hat der Kantonsrat am 12. September 2019 einen Planungskredit von 5 Mio. Franken gesprochen. Mein Herz schlug noch nie so richtig für das Projekt, so habe ich mich der Stimme enthalten.

## **Bauen mit Luzerner Holz**

Als der Planungskredit gesprochen war, wurden kurze Zeit später zwei parlamentarische Vorstösse eingereicht. Einer war von Hanspeter Bucheli (CVP, Ruswil). Er verlangte vom Regierungsrat, bei vergleichbarer Wirtschaftlichkeit mit anderen Bauweisen das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz in energieeffizienter Holzbauweise oder allenfalls Hybridbauweise (Kombination von Holz- und Massivbau) zu realisieren. Dabei soll die Konstruktion dahingehend gestaltet werden, dass der wesentliche Anteil am verbauten Holz aus Luzerner Wäldern stammen kann. Damit die grösstmögliche Wirtschaftlichkeit resultieren kann, muss der Kanton

Luzern vor der Wettbewerbsphase definieren, dass er ein Holzbauprojekt bei vergleichbarer Wirtschaftlichkeit prioritär behandelt. Dieser Grundsatzentscheid musste demzufolge bereits in der Planungsphase gefällt werden. Die beiden parlamentarischen Vorstösse erhielten grosse Zustimmung, sodass die Vorgaben bereits im Planungsprozess berücksichtigt werden können. Gegenwärtig laufen zudem Diskussionen zum Beschaffungsrecht: Bei öffentlichen Ausschreibungen soll nicht nur der billigste Preis, sondern auch der Standort Schweiz gleichwertig gewichtet werden. Diese Stossrichtung gibt dem Thema «Bauen mit Luzerner Holz» Auftrieb.

## Investorenmodell prüfen

Was mich noch nicht überzeugt, ist das Investorenmodell. Im Verwaltungsgebäude werden vier Geschosse mit Wohnungen geplant, zudem will der Kanton Luzern Reservebüroflächen behalten. Wohnungen halten und verwalten gehört definitiv nicht zur Kernaufgabe des Kantons Luzern. Und auch die Vermietung von nicht selbst genutzten Büroflächen soll professionell geschehen. Der Kanton Luzern

will das Vorhaben selber realisieren und finanzieren. Ich bin der Meinung, andere können das besser. Ich will keinen privaten Investor, der mit öffentlichen Geldern eine hohe Rendite erzielt. Aber beispielsweise ein Modell mit der Luzerner Pensionskasse LUKP als Investor und somit Eigentümer des Gebäudes und dem Kanton Luzern als langfristiger Ankermieter, sollte nochmals geprüft werden.

## In Varianten denken

Ob die erwarteten Einsparungen realisierbar sind, wage ich unverändert zu bezweifeln. Die Annahmen für die Berechnungen sind sehr hypothetisch und teilweise grob geschätzt. Ob sich diese letztendlich so realisiseren lassen, wird nie nachweisbar sein. Trotzdem sehe ich den Nutzen und ich kann dem grundsätzlichen Vorhaben Sympathien abgewinnen. Das Investorenmodell ist aber unbedingt nochmals zu überprüfen. Am Ende werden Sie, liebe Bürgerinnen und Bürger, darüber entscheiden, ob das Zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz gebaut werden soll. Und dazu sage ich wie bereits 2016: Investitionsentscheide sind auch aber nicht nur - Bauchentscheide.